

## **CDU-Chef Schnieder erklärt Kommunalwahlreform für gescheitert**

Gordon Schnieder erklärt die Kommunalwahlreform in Rheinland-Pfalz für beendet und setzt auf freiwillige Zusammenarbeit zwischen den Kommunen.

Gordon Schnieder, der designierte CDU-Landeschef von Rheinland-Pfalz, hat in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur (dpa) erklärt, dass die Diskussion um eine umfassende Kommunalverwaltungreform in seinem Bundesland nicht länger aktuell ist. Dieser Standpunkt könnte weitreichende Auswirkungen auf die politische Agenda bis zur anstehenden Landtagswahl 2026 haben.

Im Rahmen eines Treffens mit Innenminister Michael Ebling (SPD) und Vertretern aller demokratischen Landtagsfraktionen wurde deutlich, dass von Seiten der Landesregierung kein Interesse an der Fortführung von Reformen besteht. Schnieder erklärte, dass die Idee einer zwingenden Reform der kommunalen Verwaltungsstrukturen nicht weiterverfolgt werde. Stattdessen setzt die CDU auf eine freiwillige Zusammenarbeit der Kommunen, insbesondere von kleineren Ortsgemeinden.

### **Freiwillige Zusammenarbeit im Fokus**

Der CDU-Politiker betonte, dass die Partei jede Initiative unterstütze, die darauf abzielt, die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen zu fördern. „Wir sind uns mit der Landesregierung einig, dass es aus Mainz keine Kommunalverwaltungsreform geben wird“, stellte Schnieder klar. Dies könnte eine Abkehr von den bisherigen Plänen

bedeuten, die oftmals als notwendig erachtet wurden, um die kleinsten kommunalen Strukturen in Deutschland effizienter zu gestalten.

Rheinland-Pfalz verfügt über die kleinsten kommunalen Strukturen aller Bundesländer, und viele Reformideen scheiterten in der Vergangenheit. Die CDU fokussiert sich nun darauf, die Autonomie der Gemeinden und deren Möglichkeit zur selbstständigen Zusammenarbeit zu betonen.

Die Situation wirft die Frage auf, ob die Freiwilligkeit der Schlüssel zu einer erfolgreichen Reform der Verwaltungsstrukturen in dem Bundesland sein könnte. In diesem Kontext äußerte sich auch die Vorsitzende der Grünen-Landtagsfraktion, Pia Schellhammer, die für eine Reform der kleinteiligen Strukturen plädiert. Sie sprach sich für modernere, bürgerfreundlichere und digitale Verwaltungswege aus.

## **Die verschiedenen Perspektiven zur Verwaltungsreform**

Anders hingegen sieht es der neue Ministerpräsident Alexander Schweitzer (SPD), der ebenfalls die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform in Frage stellt. „Ich glaube, dass wir auf einem klugen Weg sind“, sagte Schweitzer der dpa. Seiner Meinung nach sollte der Fokus auf der Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Kommunen liegen, da hier noch unerkanntes Potenzial vorhanden sei.

Die Divergenz zwischen den Positionen hin zur Frage der Verwaltungsreform verdeutlicht die Herausforderungen, vor denen die politische Landschaft in Rheinland-Pfalz steht. Während die Grünen einen zentralisierten Reformansatz fordern, der die Verwaltungsstrukturen modernen Anforderungen gerecht werden lässt, bleibt die CDU bei ihrer Linie der Unterstützung von freiwilligen Initiativen ohne erzwungene Reformen. Die Diskussion zeigt, dass trotz eines gescheiterten Reformansatzes ein Wille zur Veränderung besteht, jedoch über

unterschiedliche Wege verfolgt wird.

Die politisch Verantwortlichen in Rheinland-Pfalz stehen demzufolge vor der Herausforderung, die unterschiedlichen Perspektiven unter einen Hut zu bringen und eine Lösung zu finden, die sowohl die lokalen Bedürfnisse als auch die politischen Vorgaben erfüllt. Die kommende Zeit könnte dabei entscheidend sein, um eine Einigung zu erzielen, die sowohl kommunale Effizienz als auch die Autonomie der Gemeinden wahrt.

## **Ein Ausblick auf zukünftige Entwicklungen**

Die aktuelle Situation könnte sich als wegweisend für die bevorstehenden Wahlen im Jahr 2026 herausstellen. Schnieder und die CDU setzen ihren Kurs fort und werden die Thematik der Kommunalverwaltung weiterhin beobachten. Die Frage bleibt, ob der Ansatz, der auf Freiwilligkeit beruht, langfristig erfolgreich sein kann oder ob es nicht doch eines stärkeren strukturellen Wandels bedarf, um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden.

## **Hintergrund der Kommunalverwaltungsreform in Rheinland-Pfalz**

Die Diskussion über die Reform der kommunalen Verwaltungsstrukturen in Rheinland-Pfalz ist nicht neu. Seit vielen Jahren stehen die kleinsten kommunalen Einheiten, die sogenannten Ortsgemeinden, immer wieder im Fokus politischer Debatten. Die Landeskonstitution sieht vor, dass die Gemeinden als die kleinste Einheit der politischen Selbstverwaltung wichtige Aufgaben wahrnehmen. Dabei ist die Effizienz und Bürgernähe der Verwaltungsstrukturen ein zentrales Anliegen, insbesondere in ländlichen Gebieten, die oftmals mit demografischen Herausforderungen und einer alternden Bevölkerung konfrontiert sind.

Ein wesentliches Argument für die Reformierung war der Wunsch nach einer besseren Digitalisierung und mehr Effizienz in der Verwaltung. Die Grünen haben mehrfach betont, dass eine Anpassung der Gebietsstrukturen zur Modernisierung der Verwaltung beitragen könnte. Dies steht im Kontext der generellen Bestrebungen in vielen Bundesländern, die Digitale Verwaltung voranzutreiben, um den Bürgern einen besseren Zugang zu Dienstleistungen zu bieten. Gemäß den Ergebnissen der „Umfrage zur digitalen Verwaltung“ des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, sank der Grad der digitalen Bürgerinteraktion in ländlichen Gemeinden oftmals hinter den urbanen Regionen zurück, was den Handlungsbedarf unterstreicht.

## **Aktuelle Statistiken zur Kommunalverwaltung**

Laut einer Umfrage des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz aus dem Jahr 2023 betrachten nur 30 % der Bürger die kommunale Verwaltung als effizient. Diese Zahl hebt die steigende Unzufriedenheit der Bürger mit den bestehenden Strukturen und den Bedarf an Veränderungen hervor.

Ein weiterer interessanter Punkt ist die Anzahl der Ortsgemeinden in Rheinland-Pfalz. Mit über 2.200 Gemeinden hat Rheinland-Pfalz eine der höchsten Dichten an kleinen Verwaltungsstrukturen in Deutschland. Im Vergleich zu anderen Bundesländern liegt der Anteil kleiner Gemeinden bei über 75 %, was die Schwierigkeiten bei der Erbringung von Verwaltungsdiensten unterstreicht. Dies könnte ein Indiz für die Notwendigkeit einer grundlegenden Überarbeitung der verwaltungstechnischen Rahmenbedingungen sein.

Die Umfrage in der Bevölkerung zeigt ebenfalls, dass etwa 58 % der Bürger bereit wären, fusionierte Gemeinden zu unterstützen, wenn dies zu einer Verbesserung der Servicequalität führt. Dies stellt einen breiten Konsens in der Bevölkerung bezüglich der Möglichkeit von Zusammenarbeit und Fusion dar.

# Vergangenheit der Kommunalverwaltungsreformen in Deutschland

Historische Vergleiche mit anderen Bundesländern oder Zeitperioden zeigen, dass Reformen oft auf erhebliche Widerstände stoßen. Ein Beispiel ist die Reform der kommunalen Strukturen in Nordrhein-Westfalen in den 2000er Jahren. Die damalige Landesregierung plante eine drastische Reduktion der Anzahl kleiner Gemeinden durch Fusionen, um die Effizienz zu steigern. Allerdings führte dies zu erbittertem Widerstand in vielen betroffenen Gemeinden, was letztendlich dazu führte, dass zahlreiche Vorschläge entweder stark abgeschwächt oder ganz verworfen wurden.

Ähnlich ist die Situation in Rheinland-Pfalz, wo die Vorschläge zur Kommunalreform immer wieder auf Widerstand stoßen, oft aus der Sorge heraus, dass vor allem die Bedürfnisse kleinerer Gemeinden nicht ausreichend berücksichtigt werden. Der Gegensatz zwischen dem Wunsch nach Effizienz und der Bewahrung traditioneller Strukturen bleibt ein zentrales Thema, das die politische Landschaft prägt.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**